

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden,
Radon & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Albstadt

Bezugspreis einschließlich Frachtkosten mit dem wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Walt und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schreibleitung: Wettinplatz 10. Telefon 26 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinplatz 10. Telefon 26 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Melangezeile 150 Goldpf., für auswärts angelegte 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Reichsanzeige 40 Pro. Rabatt. Für Briefbeilage 10 Goldpf.

Nr. 134

Dresden, Mittwoch den 11. Juni 1924

35. Jahrg.

Der Reichsparteitag

Wenn diese Zeilen unsern Lesern zu Gesicht kommen, so tritt im preussischen Abgeordnetenhaus in Berlin der Parteitag der Sozialdemokratie zusammen. Es ist der erste seit der Vereinigung der früheren S. P. D. und U. S. P. Traditionsgemäß hätte er im vergangenen Herbst bereits zusammengekommen werden müssen. Er wurde damals auf die ersten Monate des Jahres 1924 verlegt. Begründung: Der Parteitag sollte das neue Parteiprogramm mit beraten. Es erfolgte dann eine abermalige Verschiebung, bis schließlich der Termin infolge des bayerischen und des Reichstagswahlkampfes auf den Juni verschoben wurde. Wir gehörten zu den Parteiblätern, die im vorigen Herbst den fälligen Parteitag forderten, denn eine Massenpartei kann sich in Zeiten, die so problematisch wie die gegenwärtigen sind, nicht gestatten, Parteitage auf die lange Bank zu schieben. Sie sind notwendig, um die Haltung der Partei in verworrenen Situationen zu klären und gültige Beschlüsse zu fassen. Seit dem Einigungskongress in Nürnberg sind nahezu 1 1/2 Jahr verstrichen.

Die Berliner Tagung soll eine Tätigkeitsperiode der Partei würdigen, die uns allerhand Niederlagen verdiente. Nun können Mißerfolge für eine Partei ebenso notwendig und ebenso fruchtbar sein wie Erfolge, wenn aus ihnen die nötigen Lehren und Konsequenzen gezogen werden. Darum dürfte es in den Debatten gehen, die sich an den Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion und an das Referat Hilferdings über die Reichstagswahlen knüpfen werden. In dem gedruckten Bericht, den der Parteivorstand an den Parteitag ergehen läßt und aus dem wir kürzlich größere Teile abdruckten, sagt der Parteivorstand:

„Der Eifer unserer Gegner auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken, die unerschöpflichen Geheimnisse, die diesen Parteien zur Verfügung stehen, die Gewissenlosigkeit und Anfechtbarkeit, mit der sie gegen die Sozialdemokratie anstumpfen, zwingen unsere Partei vorübergehend in die Defensive. Aber wir sind aus der Verteidigung zum Angriff vorwärtsgeschritten. Das Ergebnis der Landtagswahl in Thüringen, in Mecklenburg und in Bayern zeigte uns einen Tiefpunkt der Bewegung, aber das Ergebnis der Reichstagswahl in diesen Ländern beweist uns, daß wir wieder vorwärts schreiten, daß unsere Gesinnung trotz allem Elend, trotz aller Not, trotz allem Unvermutet der Unternehmungskraft, trotz allen Schicksalsschlägen der großen Vorfälle wieder hoffnungsfroh in den politischen und den gewerkschaftlichen Kampf eintritt.“

Es wird die Aufgabe des Parteitages sein, zu untersuchen, wie weit unsere Taktik daran schuld war, wenn wir aus der Offensive in die Defensive gedrängt wurden. Zugeworfen werden muß, daß die als Folge des verlorenen Krieges eingetretene wirtschaftliche Zerrüttung, daß die Inflationsperiode und die Entwertung der Mark auch die Kampfkraft der Sozialdemokratie lähmte und ihre Kräfte leerte. Richtig ist, daß es über die Kräfte einer einzelnen Partei ging, das zunehmende wirtschaftliche Chaos zu bannen. Aber zu erörtern bleibt, ob in dieser Zeit der katastrophalen Arbeitslosigkeit, in der auch die Wirtschaftskraft der Arbeiterklasse sank und schwach wurde, unsere politische Taktik die richtige war. Das wird bekanntlich von der Disposition in der Partei bestritten, und auch wir haben an dieser Stelle mehrfach ausgesprochen, daß die Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion seit dem Abgang der kleinen Koalition unter Wirth, daß die Koalitionspolitik nach dem Sturz Cuno für die Arbeiterklasse von einem sehr fragwürdigen Werte war. Nach dem Sturz Cuno hat sich die Sozialdemokratie an der Regierung beteiligt, „um Schlimmeres zu verhüten“ und um die Markstabilisierung fördern zu helfen. Die Markstabilisierung wurde erreicht, wenn sie auch so unbedenkbar kam, wie der Regen nach einer Witterungsstille. Die Festigung unserer Währung gehörte zweifellos zu den Voraussetzungen einer Konsolidierung der deutschen Wirtschaft. Doch die Markstabilisierung hätten die bürgerlichen Parteien in einer bürgerlichen Regierung auch ohne uns machen müssen. Das Schlimmere, was verhütet werden sollte, hat sich dagegen in seiner weiteren Entwicklung nicht aufhalten lassen. Die Reaktion, die sich nach dem Sturz Cuno in ihren Mähtern recht betreten äußerte und im damaligen Reichstag ziemlich beschiden auftrat, ist heute stärker denn je. Die Frankfurter Zeitung war es, die kürzlich erst die Demokraten vor einem Eintritt in eine Koalition mit den Deutschnationalen warnte und erklärte, es gäbe keine banalere und gefährlichere Begründung für eine politische Hilfe als der Hinweis auf das Schlimmere, das es zu verhüten gelte.

Der Ausfall der Reichstagswahlen hat der Opposition in der Partei starke Argumente für ihre Auffassung gegeben. Nun beweist zwar ein Wohlausfall nichts für die Wichtigkeit oder Unwichtigkeit einer politischen Taktik. Er beweist höchstens, ob sich eine Partei das Vertrauen der Schichten erbitt, deren Interessen sie vertritt. Daß uns das nicht gelang, spricht nicht unbedingt und ohne weiteres gegen die Politik unserer Partei. Aber ob das Ziel erreicht wurde, das eine Partei unter Ausnutzung ihrer besonderen Parteinteressen anstrebt — das ist allerdings ein entscheidendes Kriterium. Was der Parteivorstand und unsere Fraktionsmehrheit im Reichstag in der Koalitionspolitik nach dem Sturz Cuno als Ziel anstrebten, wurde nicht erreicht. Das Schlimmste wurde nicht verhütet. Die Reaktion setzte die Verdrängung Sachsens und Thüringens durch: sie ist heute stärker denn je zuvor, und auf dem Parteitag wird das Wort

gesprochen werden müssen, daß es künftig „am Schlimmeren zu verhüten“, notwendig sein kann, außerhalb der Regierung zu bleiben. Es liegt im Interesse aller Strömungen in der Partei, daß die Auseinandersetzungen getragen sind von dem Geiste der Sachlichkeit und Brüderlichkeit. Aber ebenso notwendig ist, daß man sich über Vergangenes wie Zukünftiges ernsthaft ausdrückt und daß der Parteitag weder zu einer bloßen Agitationsfanfare, noch zu einem trockenen Geschäftsparteitag, der seine Statutenfragen erledigt, herabgewürdigt wird.

Die Berliner Tagung wird ja auch einen Punkt zu besprechen haben, der eine gewisse Höhe des theoretischen Denkens verlangt, nämlich das Thema, das Genosse Helling, ein Führer der Kleinbauernbewegung, vor dem Parteitag behandeln will. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft ist innerhalb der Partei noch immer umstritten und faun bisher zu kurz, teils weil sich die Anhänger der Sozialdemokratie zu mindestens 80 Prozent aus der Industriearbeiterklasse zusammensetzen, teils weil andere wichtige Aufgaben und die Arme banden. Noch heute ist bei uns die Frage umstritten, ob wir uns für den Groß- oder Kleinbetrieb als die rationellste Form der bauerlichen Wirtschaft einsetzen können. Die Lösung wird wohl dahin gefunden werden müssen, daß es auf die geographischen und agrarkulturellen Verhältnisse ankommt, ob in diesem oder jenem Gebiet der Groß-, Mittel- oder Kleinbetrieb der rentabelste ist. Mit der Stabilisierung der Mark und der damit möglichen Dehnung der Grenzen für landwirtschaftliche Produkte des Auslandes haben sich die Verhältnisse auch für einen Teil der Bauernschaft wieder zu. Für uns Sozialdemokraten ist also der Kampf um die Frage Schutzoll oder Freihandel von der Agrarfrage nicht zu trennen. Und wenn der Sozialist Todol einmal kärt, die Sozialdemokratie könne nicht zum Ziele gelangen im Kampf gegen die Bauernschaft, so ist in diesem Wort zwar nicht die volle Wahrheit enthalten, aber doch ein wahrer Kern. Die Sozialdemokratie bedarf zur Erreichung ihrer Ziele der Sympathie und des Vertrauens mindestens eines starken Teiles der bauerlichen Bevölkerung. Aus all diesen Gründen ist es nötig, daß das Agrarproblem auf dem Parteitag nicht nur besprochen, sondern daß ihm auch künftig von der Partei die nötige Aktivität zugewendet wird.

Für die sächsische Mitgliedschaft hat die Berliner Tagung ein besonderes Interesse, weil der Konflikt innerhalb der sächsischen Landtagsfraktion hier behandelt und entschieden werden soll. Er ist den Parteigenossen in seiner Entwicklung und Zuspitzung bekannt genug, als daß wir diesen Stoff hier noch einmal aufzurollen brauchen. Wir wünschen, daß es auf dem Parteitag auch

darüber zu einer sachlichen Aussprache kommen möge, damit eine Grundlage der Verständigung gefunden wird, denn diese scheidende Krise innerhalb der Partei erscheint uns für die sächsische Sozialdemokratie auf die Dauer gefährlicher als irgendeine Wahlniederlage. Wir denken über die Kompetenzen, mit denen der Parteitag an diesen Punkt heranragen können, sehr skeptisch. Er kann gewisse prinzipielle Fragen klären, er kann den Beschluß revidieren, nachdem in Sachsen nur ein Teil der Fraktion mit dem Landesinstanzen über Regierungsbildung beschließen soll — ein Beschluß, der unserer Ansicht nach auch revidiert werden muß und zu dessen Wenderung sich die sächsischen Landesinstanzen der Verständigung wegen auch schon bereit erklärten — aber der Parteitag kann den Landesorganisationen nicht das Recht nehmen, allgemeine Richtlinien für die besonderen Verhältnisse einzelstaatlicher Politik aufzustellen. Darum ist die Verständigung in der sächsischen Krise zu mindestens 50 Prozent eine Angelegenheit, die von der sächsischen Parteigenossenschaft gelöst werden muß, und darum haben wir sofort nach dem letzten Landesparteitag für diese Verständigung geworben. Und das Interesse der Gesamtpartei verlangt unserer Ansicht nach, daß die Mehrheit der Landtagsfraktion alle Möglichkeiten zur Verständigung erschöpft hätte. Das tat sie leider nicht. Sie darf sich deshalb nicht wundern, wenn von diesem Verhalten gerade diejenigen in der Partei am wenigsten erbaut sind, die sich am eifrigsten für die Einigung eingesetzt haben. Worin sie besteht und wie sie gefunden werden könnte, ist in den Sitzungen, die deswegen stattgefunden haben, genügend gesagt worden, so daß wir uns deshalb und aus anderen naheliegenden Gründen eine Erörterung dieses Themas in der Öffentlichkeit denken können.

Die Verständigung in der sächsischen Krise vor dem Parteitag wäre auch deswegen erwünscht gewesen, weil der Parteitag kaum genügend Zeit haben wird, um die Frage mit der wünschenswerten Gründlichkeit durchzusprechen. Er beginnt am Mittwochabend, und es wird sich zeigen, daß ihm kaum mehr als drei volle Verhandlungstage bleiben, da am Sonntag bereits die Frauenkonferenz und am Montag die sozialistische Reichsbeamtenkonferenz stattfinden sollen. Uns erscheint die Frist von Mittwochabend bis Sonntag für die Aufgaben eines sozialdemokratischen Reichsparteitages in dieser konfliktreichen Zeit nicht ausreichend. Schon darum möchten wir wünschen, daß der Parteitag seine Dauer von vornherein bis in den Sonntag hinein bemisst. Ist auf der rechten wie auf der linken Seite der gute Wille vorhanden, nicht nur die fristigen gegensätzlichen Standpunkte, sondern auch das Gemeinsame und die Notwendigkeit der Geschlossenheit in den Mittelpunkt der Beratungen zu rücken, so wird der Parteitag dem politischen Wiederaufstieg der deutschen Arbeiterklasse die Bahn ebnen. Wir zweifeln an diesem guten Willen nicht und hoffen, daß er wie ein Stern auch über den heftigsten Debatten leuchten möge.

Millerands Ende

Kraftvolle Politik des Linksblocks in Frankreich

Der Verlauf der Operation

P. Paris, 10. Juni. (Gig. Draht.) Am Dienstag nachmittag um 3 Uhr stellte sich die Regierung Marçal der Kammer mit einer kurzen Erklärung vor. Sie betonte einleitend, daß das Kabinett nur konstituiert sei zu dem Zweck, dem Parlament die Möglichkeit zu geben, zu der Debatte konstitutioneller Natur Stellung zu nehmen, die seit einigen Tagen im Parlament geführt werde. Das neue Kabinett habe unter diesen Umständen auf die Aufstellung eines eigenen Regierungsprogramms verzichtet. Seine Mission habe ein bestimmtes und engbegrenztes Ziel. Entweder das Parlament spreche sich dahin aus, daß die konstitutionellen Regeln unanfechtbar und dem Streit der Parteien entrückt sein müssen. In diesem Falle bedeute das Wort den Führern der neuen Mehrheit, daß sie die Pflicht hätten, die Verantwortung für die künftigen Geschicke Frankreichs, die ihnen bereits angeboten worden sei, aus den Händen des Präsidenten der Republik entgegenzunehmen. Im anderen Falle, d. h. wenn das Parlament die in der Verfassung des Präsidenten formulierten Prinzipien nicht billige, werde das neue Kabinett dem Präsidenten von dem Scheitern seiner Mission Mitteilung machen, und dieser werde daraus die Konsequenzen ziehen.

In der Verfassung des Präsidenten

die dann zur Verlesung gelangt, wird ein sehr hoher Ton angeschlagen. Millerand erinnert daran, daß er mit 686 Stimmen zum Präsidenten gewählt worden sei und bereits damals erklärt habe, daß er nur in das Elisee gehe, um „eine nationale Politik des sozialen Fortschritts, der Ordnung, der Arbeit und der Einheit zu verteidigen“. Diese Politik wird anschließend im einzelnen dargelegt und dann behauptet Millerand die Prinzipien, die er sich damals zum Ziel gesetzt habe, getreulich innegehalten zu haben, obwohl das Land am 11. Mai keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß es darüber wesentlich anderer Auffassung ist als er selbst. Die Verfassung weist schließlich darauf hin, daß der Präsident vom Parlament nur bei Hochverrat zur Verantwortung gezogen werden könne und die Verfassung die Amtsdauer des Präsidenten auf sieben Jahre festgesetzt habe, um sie den wechselnden Strömungen der Tagespolitik zu entziehen. Sie gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Parlament die Verfassung respektieren werde. Wenn das nicht der Fall sein sollte, heißt es weiter, wenn die Entscheidung dahin fallen sollte, daß der Urteilspruch einer Mehrheit kraftig genügen solle, den Präsidenten zu zwingen, aus politischen Gründen abzutreten, so würde damit der Präsident zum Spielball in der Hand der Parteien werden. Die Verfassungskräfte der Mehrheit und die Verfassungskräfte der Minorität bemühen sich im

Parteiinteresse dahin zu wirken, daß die neue Legislaturperiode

mit einem revolutionären Akt beginne.

Die Kammer wird es ablehnen, ihnen zu folgen. Der Senat aber, getreu seiner Tradition, wird, wie er es stets in schwierigen Situationen gewesen ist, auch diesmal wieder der sichere Port der Verfassung bleiben. Eine konstitutionelle Frage von der Tragweite, wie sie durch die gegenwärtige Krise aufgeworfen sei, heißt es weiter, kann nicht durch Beschlässe einzelner oder politischer Gruppen geregelt werden. Deshalb, so schließt die Verfassung, wendet sich der Präsident an die neue Kammer, zu deren Klugheit, Vaterlandsliebe und republikanischer Gesinnung er vollen Vertrauen habe.

Der Gegenschlag der Linken

Nach bevor Marçal die Verfassung des Elisee verlesen hatte, wurde von dem Kartell der Linken folgender gemeinsamer Antrag eingebracht:

„Die Kammer, entschlossen, in keinerlei Beziehungen zu einem Kabinett zu treten, dessen Zusammensetzung eine Verneinung der Rechte des Parlamentes ist, lehnt die verfassungswidrige Debatte, die man ihr aufzwingen will, ab und beschließt, jede Diskussion zu vertagen bis zu dem Zeitpunkt, da sich ihr ein in Lebensbestimmung mit dem souveränen Willen des Landes konstituiertes Ministerium präsentieren wird.“

Auf der Linken ruft man stürmisch: Das ist die Guillotine! Dieser Antrag der Linken vermeidet Flug das Eingehen auf die von Millerand herbeigezogene „Verfassungsfrage“. Es ergreift auch keiner der Antragsteller das Wort, denn es ist kein Streit über die Verfassung, sondern einfach die Verneinung des Kabinetts und anmahnen des Diktators Millerand, der sein Amt zugunsten des jahrelangen Treibens des Nationalen Volks mißbraucht hat. In der Kammerführung sprach nur Wg. Reibel vom verlassenen Kabinett Poincaré und ein Kommunist. Dann wurde abgestimmt. Der Antrag auf Vertagung und Verweigerung jeder Verhandlung wurde

mit 329 gegen 214 Stimmen angenommen.

Das war der entscheidende Schlag gegen Millerand. Die Kammer verlagte sich auf Mittwoch, wo sie den Ministerrat Millerands zu erfahren erwartet. — Auch der Senat, die letzte Hoffnung Millerands, hat Millerand fallengelassen. Der Senat hat nach der Verlesung der Verfassung und der Regierungserklärung mit 154 gegen 144 Stimmen die Verleugung beschlossen. Dieser Beschluß